

zum ULV-Ausschuss am 24.03.2021, TOP 3

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 11.03.2021

Az.

Zuständig: Brigitte Keller, ☎ 08092-823-211

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

ULV-Ausschuss am 24.03.2021, Ö

Haushalt 2020; Bericht über das Jahresergebnis 2020

Sitzungsvorlage 2020/0212

I. Sachverhalt:

In der letzten Woche haben die Sachgebiete ihre Abschlussberichte 2020 vorgelegt. Die Abschlussberichte der Sachgebiete dienen dem Finanzbereich für das **externe** Rechnungswesen und dem zentralen Controlling für das **interne** Rechnungswesen.

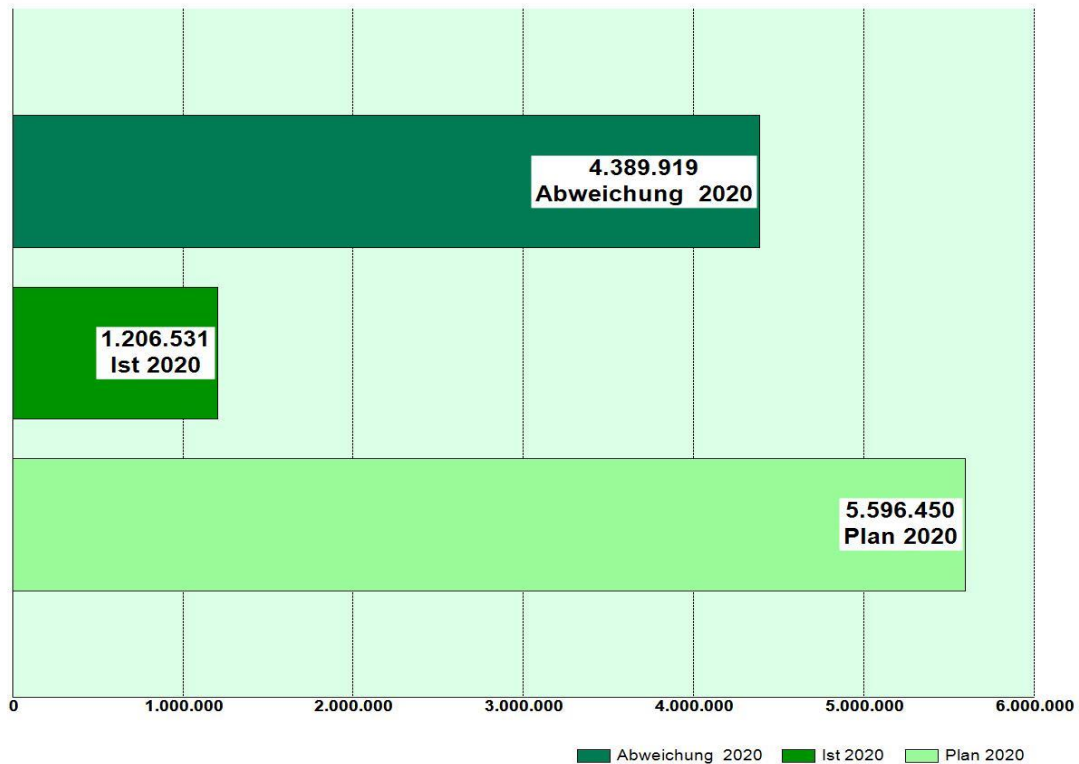
Der Bereich Finanzen prüft die Einhaltung der Budgets, die vom Kreistag zur Verfügung gestellt wurden. Im zentralen Controlling werden die Berichte ausgewertet und mit den Sachgebiets- und Abteilungsleitungen im Rahmen der Controllinggespräche besprochen und analysiert. Zu den Abschlussberichten findet auch ein jährliches Gespräch beim Landrat statt.

Buchungsschluss für das Haushaltsjahr 2020 war der 29.01.2021, sodass das Ergebnis des ULV bereits endgültig gewertet werden kann.

1. Gesamtüberblick (Cockpit):

1.1 Investitionen (Stand: 02.03.2021):

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die Entwicklung der Investitionen, die dem ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft) zugeordnet sind. Es werden hierbei die Netto-Investitionen betrachtet, d.h. Investitionszuschüsse des Staates sind berücksichtigt.



Der Mittelabfluss bei den Investitionen liegt im Auswertungszeitraum seit 2006 immer deutlich unter der Planung, wie die nachfolgende Darstellung zeigt:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan
2006	2.510.010	959.330	-1.550.680	38,22%
2007	3.288.175	422.273	-2.865.902	12,84%
2008	3.449.420	731.773	-2.717.647	21,21%
2009	3.092.710	362.408	-2.730.302	11,72%
2010	2.794.300	1.002.262	-1.792.038	35,87%
2011	3.014.500	1.468.377	-1.546.123	48,71%
2012	1.957.700	671.673	-1.286.027	34,31%
2013	2.240.350	1.172.112	-1.068.238	52,32%
2014	1.940.571	1.057.731	-882.840	54,51%
2015	1.472.521	491.172	-981.349	33,36%
2016	2.192.320	313.297	-1.879.023	14,29%
2017	2.135.900	7.046	-2.128.854	0,33%
2018	3.987.150	234.807	-3.752.343	5,89%
2019	3.733.440	1.992.719	-1.740.721	53,38%
2020	5.596.450	1.206.531	-4.389.919	21,56%

Von den für das Jahr 2020 veranschlagten Mittel für Investitionen von 5.596.450 € wurden 1.206.531 € ausgeschöpft. Damit wurden rund 21,56 % der geplanten investiven Mittel in Anspruch genommen. Nach einer deutlichen Steigerung des Ausschöpfungsgrades von 2018 zu 2019, sinkt dieser im Jahr 2020 wieder deutlich.

Ein wesentlicher Grund für den niedrigen Ausschöpfungsgrad der Investitionen im Jahr 2020 sind die nicht umgesetzten Maßnahmen im Straßenbau.

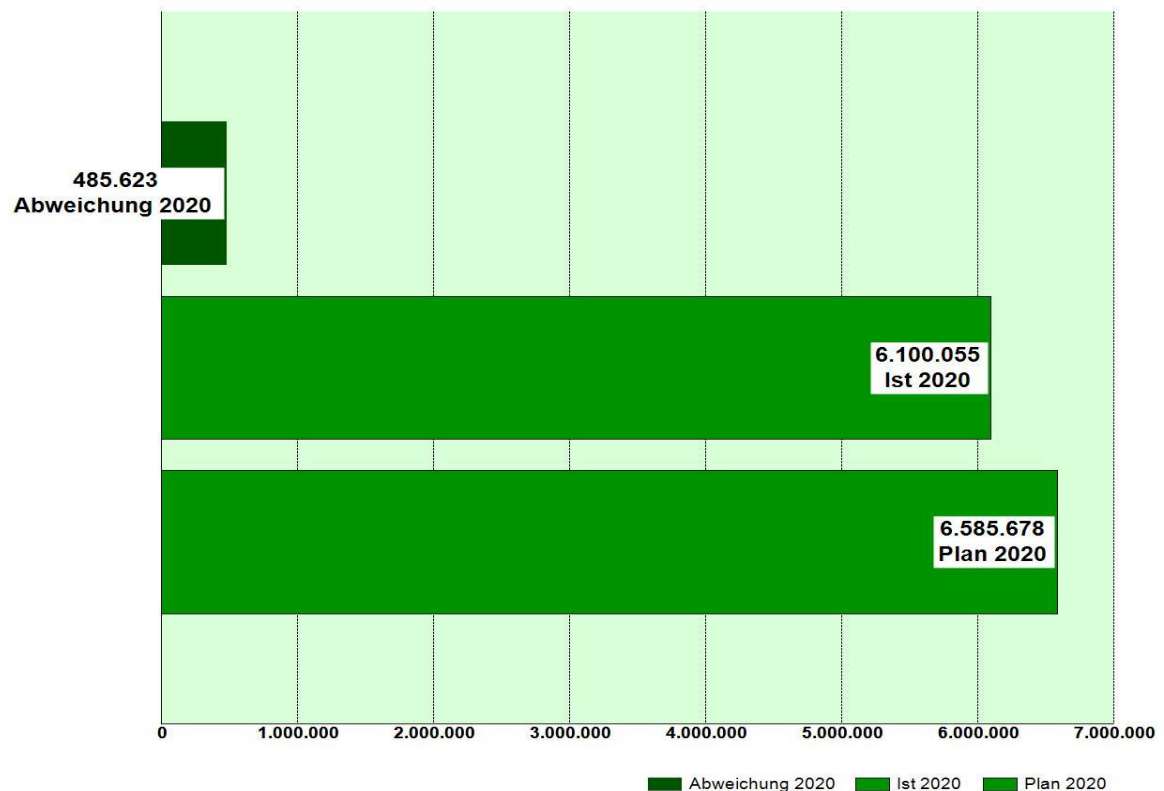
Die Investitionskostenpauschale des Freistaats Bayern, die dem Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auf Grundlage des Art. 12 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) zur freien Verwendung für die Finanzierung von Investitions-, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen gewährt wird, wurde im ULV-Ausschuss für folgende Maßnahmen verwendet:

910-08-009	EBE8: Bahnübergang Wiesham	80.000 €
910-20-010	EBE20:G+R-Weg nördl. Frauenneuharting	100.000 €
910-12-005	EBE12: ZEB (Schattenhofen)	100.000 €
910-13-022	EBE13: Kreuzung "Schammacher Kreuzung"	200.000 €
910-08-007	EBE 8:Ausbau Nettelkofen b.Seeschneider-Kreuzung	848.939 €

Ohne Einbezug der zur Haushaltplanung 2020 noch nicht feststehenden Verwendung dieser Investitionskostenpauschale ergeben sich für das Jahr 2020 Ausgaben für Investitionen in Höhe von 2.535.470 € (Ausschöpfung des Budgets: 45 %).

1.2 Ergebnisrechnung (Stand: 02.03.2021):

Die nachfolgende Grafik zeigt das Ergebnis ohne die Kommunale Abfallwirtschaft (KAW):



Entwicklung der Ergebnisse:

	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung %
2008	4.207.388	3.895.559	-311.829	-7,4%
2009	4.392.830	3.694.714	-698.116	-15,9%
2010	4.399.709	3.802.136	-597.573	-13,6%
2011	4.271.995	4.793.876	521.882	12,2%
2012	4.063.851	4.524.151	460.300	11,3%
2013	4.236.138	3.453.092	-783.046	-18,5%
2014	4.482.509	3.796.468	-686.041	-15,3%
2015	4.761.166	4.247.038	-514.127	-10,8%
2016	4.754.990	4.545.631	-209.359	-4,4%
2017	4.899.431	4.843.676	-55.755	-1,1%
2018	5.379.686	5.210.172	-169.513	-3,2%
2019	5.914.170	5.206.258	-707.912	-12,0%
2020	6.585.678	6.100.055	-485.623	-7,4%

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 6.585.678 € um **485.623 € unterschritten**, das sind 7,4 %.

Das Budget des ULV-Ausschusses beanspruchte 2020 insgesamt 10 % der kompletten Ergebnisrechnung, die über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

Die Kommunale Abfallwirtschaft als kostenrechnende Einrichtung wird nicht über die Kreisumlage, sondern über Gebühren der Benutzer finanziert. Sie wird am Ende dieses Berichts gesondert dargestellt.

2. Detaillierte Darstellung

2.1 Ergebnisrechnung (02.03.2021):

	2017	2018	2019	2020				
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %	Begründung
080 Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR)	182.958	248.010	304.184	359.498	326.635	-32.863	-9,10%	1)
112 ÖPNV/ Fernradwege	1.368.397	1.112.134	1.044.111	1.731.990	1.148.910	-583.080	-33,70%	2)
113 Schülerbeförderung	925.330	840.851	785.587	921.772	714.858	-206.914	-22,40%	3)
150 Kommunale Abfallwirtschaft Sondervermögen	61	-4.162	-2.346	-3.961	-3.063	898	-22,70%	
320 KfZ-Zulassungsstelle	-564.364	-478.244	-476.033	-496.403	-353.048	143.355	-28,90%	4)
325 Führerscheinstelle	63.397	101.426	66.228	154.642	154.132	-510	-0,30%	
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	135.055	167.475	247.165	289.426	472.158	182.732	63,10%	5)
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	-4.700	31.504	45.107	68.769	67.041	-1.727	-2,50%	
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	57.853	58.523	78.128	60.136	80.589	20.453	34,00%	6)
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachteraus	196.626	234.233	265.861	343.198	289.587	-53.611	-15,60%	7)
420 Bauamt	31.078	383.272	218.370	386.897	343.445	-43.452	-11,20%	8)
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	236.027	294.740	248.104	356.822	122.651	-234.171	-65,60%	9)
450 Naturschutz, Landschaftspflege	405.663	447.354	552.624	552.027	435.281	-116.745	-21,10%	10)
910 Kreisstraßen und -unterhalt	1.810.296	1.773.056	1.829.169	1.860.865	2.300.878	440.013	23,60%	11)
SUMME	4.843.676	5.210.172	5.206.258	6.585.678	6.100.055	-485.623	-7,40%	

Die höchsten Budgets werden in den Kostenstellen 910 Kreisstraßenunterhalt und 112 ÖPNV/ Radwege bewirtschaftet. Diesen Kostenstellen kommt deshalb besondere Bedeutung zu.

Begründungen für größere Abweichungen in der Ergebnisrechnung

1) 080 – Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR) – Unterschreitung 32.863 € bzw. 9,1 %

Aufgrund von Corona wurden weniger Projekte fortgeführt beziehungsweise begonnen. Für den Werkvertrag Regionalmanagement und für die Öffentlichkeitsarbeit wurden ca. 42.000 € weniger ausgegeben. Auch für Gutachten und Beraterleistungen sind ca. 20.000 € weniger angefallen, da eine wesentliche Teilrechnung für die Radschnellverbindung München – Markt Schwaben noch im Haushaltsjahr 2019 fällig und bezahlt wurde. Außerdem sind Corona-bedingt noch keine wesentlichen Kosten für die Umsetzung des Aktionsprogramms angefallen. Im Gegensatz zu den Minderausgaben stiegen die Personalkosten. Eine Mitarbeiterin wechselte zum 01.01.2020 komplett zur Wirtschaftsförderung. Eine andere Stelle wurde für das ganze Jahr geplant, jedoch konnte die Stelle nicht nahtlos nachbesetzt werden, sodass sich in Summe die Personalkosten um ca. 13.000 € erhöhten.

2) 112 – ÖPNV/Fernradwege – Unterschreitung 583.080 € bzw. 33,7 %

Die deutliche Unterschreitung des Planansatzes beim ÖPNV ist auf die höheren Erträge (ca. 529.000 €) zurückzuführen. Darin enthalten sind u. a. Erstattungen des MVV, die um ca. 452.000 € höher ausfielen als geplant. Der Deckungsgrad hat sich in 2018 von 51,9% auf 61,1% erhöht, sodass höhere Erstattungen eingegangen sind. Des Weiteren sind aufgrund der Corona-Pandemie für zusätzlichen Verkehrsleistungen im Schülerverkehr (ÖPNV) Kosten in Höhe von ca. 109.000 € entstanden. Diese Kosten wurden von der Regierung von Oberbayern komplett erstattet. Bei den Ausgleichsleistungen für die Tarifstrukturreform wurden vom MVV weniger abgerufen, als geplant wurde. Für die Einführung des 365 € - Tickets sind zwar Ausgleichszahlungen getätigt worden, die aber nicht mehr im Budget 2020 berücksichtigt werden konnten. Diese Ausgaben konnten aber aufgrund der Minderausgaben der Ausgleichszahlungen für die Tarifstrukturreform mehr als kompensiert werden, sodass hier ca. 60.000 € weniger Ausgaben angefallen sind.

3) 113 – Schülerbeförderung – Unterschreitung 206.916 € bzw. 22,4 %

Aufgrund der Corona-bedingten Schulschließungen und der Einführung des 365 € Tickets sind weniger Ausgaben für die Fahrtkostenrückerstattung angefallen.

4) 320 – Kfz-Zulassungsstelle – Überschreitung 143.355 € bzw. 28,9 %

Die Mindereinnahmen in den ersten Lockdown-Monaten (März, April, Mai 2020) konnten nicht mit den Mehreinnahmen in den Folgemonaten kompensiert werden. Insgesamt wurden 2020 ca. 93.000 € weniger Erträge eingenommen. Die Überschreitung der Personalkosten von ca. 34.000 € sind größtenteils auf die Münchenezulage zurückzuführen, welche auf den jeweiligen Kostenstellen verbucht, aber nur zentral geplant wurde. Für

den Verkauf der Feinstaubplaketten (Betrieb gewerblicher Art) sind 14.000 € für die Gewerbe- und Körperschaftssteuer angefallen, welche nicht geplant werden.

Die Überschreitung ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.

- 5) **330 – Öffentliche Sicherheit, Gemeinden – Überschreitung 182.732 € bzw. 63,1 %**
Auf der Kostenstelle 330 (Öffentliche Sicherheit, Gemeinden) konnten insgesamt ca. 74.000 € mehr Erträge erzielt werden. Zum einen wurden für Schwertransportgenehmigungen ca. 71.000 € mehr vereinnahmt und aufgrund von Corona ca. 50.000 €. In anderen Bereichen wurden hingegen aufgrund von Corona weniger Erträge erzielt, welche jedoch durch die Mehreinnahmen weit über der Planung kompensiert werden konnten. Bei den Personalkosten ist eine Überschreitung von ca. 84.000 € zu verzeichnen. Dies lässt sich durch eine zusätzliche Stelle im Brandschutz und drei Höhergruppierungen aufgrund von Stellenbewertungen begründen. Aufgrund der Kommunalwahl sind ca. 24.000 € für die Beschaffung der Stimmzettel und anderer Druckerzeugnisse mehr angefallen. Eine große Überschreitung in Höhe von ca. 127.000 € ist auf die Wahlkostenerstattung an die Gemeinden für die Durchführung der Kreistags- und Landratswahl zurückzuführen. Weiter 14.000 € sind für die Uneinbringlichkeit von Forderungen angefallen.

Die Überschreitung ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.

- 6) **405 – Landschaftspflegeverband (LPV) – Überschreitung 20.453 € bzw. 34 %**
Bei der Planung der Mitgliederbeiträge für Kommunen wurde von einer geringeren Bevölkerungszahl sowie von einem geringeren Kostensatz ausgegangen.
- 7) **410 – Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss. – Unterschreitung 53.611 € bzw. 15,6 %**
Bei der Kostenstelle 410 (Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterausschuss) kam es größtenteils aufgrund von höheren Erträgen zu einer Unterschreitung in Höhe von 53.611 €. Aufgrund der Umstellung auf das Onlineportal Boris-Bayern können die Richtwerte kostenpflichtig online abgerufen werden. Zuvor erfolgten die Informationen telefonisch, welches aus organisatorischen Gründen kostenfrei war. Außerdem besteht ein deutlicher Anstieg der Anfragen. Ebenso steigen die Anträge für die Ausstellung von Wohnungsberechtigungsscheine. Auch bei den Gutachten konnten höhere Erträge erzielt werden, da 2020 einige größere Objekte zu bewerten waren.
- 8) **420 – Bauamt – Unterschreitung 43.452 € bzw. 11,2 %**
Die Unterschreitung im Bauamt ist vor allem auf die sehr gute Ertragslage zurückzuführen, da 2020 rund 211.600 € höhere Erträge erwirtschaftet werden konnten. Die Zahl der Baugenehmigungen stieg von 770 (2019) auf 817 (2020). Die Genehmigung von Sonderbauten war dagegen rückläufig (von 58 auf 46). Die Erträge lagen dennoch deutlich über dem Ansatz, dies ist einzelfallbedingt. Zu größeren Überschreitungen kam es unter anderem bei den Personalkosten (61.600 €). Hier ist die nicht geplante München-Zulage hauptsächlich für die Überschreitung. Außerdem wurden für die Nachbesetzung von Personal ca. 11.600 € für Stellenanzeigen aufgewendet. Für Gutachten und Beraterleis-

tungen sind ca. 70.400 € mehr für Statikprüfungen angefallen. Für außerordentliche Niederschlagungen von Forderungen sind ebenfalls ca. 9.600 € verbucht wurden.

9) 440 – Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutzrecht – Unterschreitung - 234.171 € bzw. 65,6 %

Die Einnahmen aus dem überlassenen Kostenaufkommen lagen im Jahr 2020 mit 167.984 € um 62.000 € bzw. 59 % über den Planansatz. Hiervon entfallen bereits 18.900 € auf die Gestattungen im nicht förmlichen Verfahren und 19.100 € auf die Gestattungen im förmlichen Verfahren im Wasserrecht. Weitere Ertragssteigerungen in Höhe von 13.400 € sind bei den Anlagenzulassungsverfahren des Immissionsschutzes zu verzeichnen. Bei den Personalkosten kam es aufgrund drei langzeiterkrankte Mitarbeiter und durch die Nichtbesetzung der offenen Stellen im Immissionsschutzrecht zu einer Unterschreitung in Höhe von ca. 162.000 €.

10) 450 – Naturschutz, Landschaftspflege – Unterschreitung 116.745 € bzw. 21,1 %

Im Jahr 2020 konnten ca. 15.000 € mehr Erträge als geplant erzielt werden. Für die Personalkosten sind ca. 24.000 € weniger angefallen, weil 2 Stellen nicht nahtlos nachbesetzt werden konnten. Rund 33.000 € wurden nicht für den Unterhalt von eigenen und nichteigenen Grundstücken abgerufen. Für Gutachten und Beraterleistungen erfolgte ebenfalls eine Planunterschreitung von 63.000 €. Für diverse Projekte, wie zum Beispiel die Windkrafträder im Ebersberger Forst oder die Fledermauserfassung, sind Rechnungen im Geschäftsjahr 2020 noch nicht bzw. nur zu einem kleinen Teil eingegangen. Allerdings kam es zu ungeplanten Ausgaben (25.000 €) für das Bienen- und Kiebitzprojekt, welche jedoch refinanziert werden.

11) 910 Kreisstraßen und -unterhalt – Überschreitung 440.013 bzw. 23,6 %

2020 musste für den Winterdienst eine Nachzahlung (STBA Rosenheim 2016 bis 2019) in Höhe von 337.000 € geleistet werden. Das rührt daher, dass staatliche Mitarbeiter mehr auf Kreisstraßen eingesetzt waren als umgekehrt. Damit wurde das Sachkonto Winterdienst um 322.000 € überzogen. Außerdem sind für Abschreibungen ca. 120.000 € mehr als geplant, angefallen.

Die Überschreitung ist vom Kreistag zu genehmigen.

Ein Blick auf die wichtigsten Kostenträger:

Es werden insgesamt knapp 80 Kostenträger bewirtschaftet. Nachfolgend die Landkreisaufgaben:

	2017	2018	2019	2020			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
1123+1121 MVV Busverkehr und Tarifstrukturreform	1.313.397	1.051.446	985.731	1.670.580	1.080.973	-589.607	-35,3%
1131-1134 Schülerbeförderung	862.688	761.699	667.916	765.200	566.657	-198.543	-9,1%

080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement	182.958	248.010	304.184	359.498	326.467	-33.031	-9,2%
405 Landschaftspflege- verband (LPV)	57.853	58.523	78.128	60.136	80.589	20.453	34,0%
SUMME	2.416.896	2.119.678	2.035.959	2.855.414	2.054.686	-800.728	-28,0%

Die Erträge aus der Amtshilfe im Bereich der Schülerbeförderung für kreisangehörige Gemeinden lag 2020 wieder bei knapp 190.000 €.

Bei den verhältnismäßig wenigen Landkreisaufgaben dominieren der MVV-Busverkehr und die Schülerbeförderung aus kostenmäßiger Sicht das Teilbudget des ULV-Ausschusses.

Insgesamt ist der Bereich des ULV-Ausschusses stark von den Aufgaben des staatlichen Landratsamtes geprägt, eine aufgabenbezogene Steuerbarkeit existiert für den Landkreis in diesem Bereich nicht. Steuerbar ist aber die Qualität der Aufgabenerfüllung, insbesondere der Personaleinsatz.

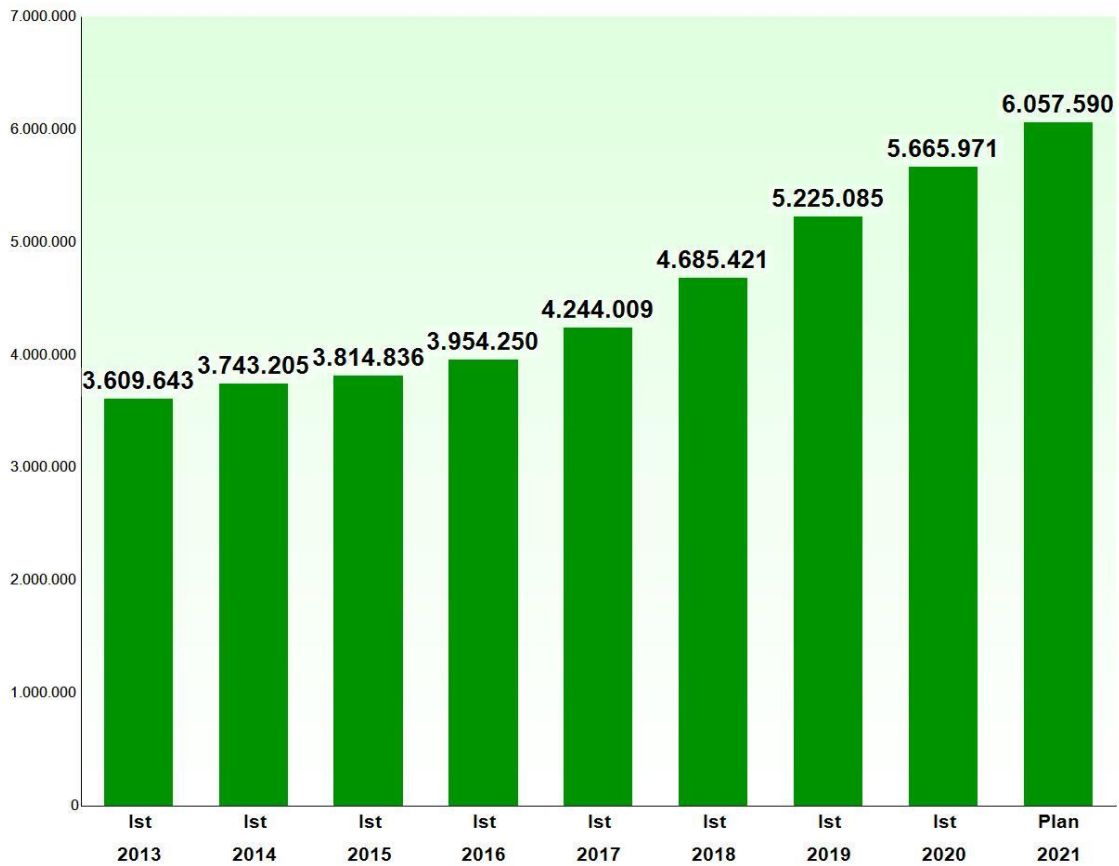
Untersuchungen bestätigen jährlich, dass die Finanzierung der Staatsaufgaben durch den Freistaat Bayern weder bei der Personalausstattung noch beim FAG-Ausgleich erfolgt. Das **jährliche** Defizit des Landkreises Ebersberg beträgt in den Jahren 2012 bis 2019 jährlich zwischen 2,3 Mio. € und 4,3 Mio. €. Im Jahr 2020 stieg die Kostenunterdeckung aufgrund von Corona auf einen Spitzenwert von 7.976.520 € an. Dieses Bild zeigt sich in ganz Bayern, aus jedem Regierungsbezirk haben Landratsämter diese Berechnungen durchgeführt.

	Lkr. Ebersberg		Oberbayern						
	Fläche	Einwohner	Umlagekraft						
	549 km ²	142.142	163.248.683 €						
	Erg. 2012	Erg. 2013	Erg. 2014	Erg. 2015	Erg. 2016	Erg. 2017	Erg. 2018	Erg. 2019	Erg. 2020
Personalkostenanteil	8.399.505 €	8.771.494 €	9.103.242 €	8.004.901 €	8.274.367 €	9.051.096 €	9.602.975 €	10.338.243 €	17.094.250 €
Sachkosten	2.224.587 €	2.423.865 €	2.335.579 €	2.573.931 €	2.454.915 €	2.480.644 €	2.457.395 €	2.567.971 €	6.909.761 €
Produktkosten									
Gemeinkostenumlage	1.338.510 €	2.624.778 €	2.883.914 €	2.608.876 €	2.389.698 €	2.621.147 €	2.867.620 €	3.207.969 €	3.609.372 €
Vollkosten nach KLR	11.962.602 €	13.820.137 €	14.322.735 €	13.187.708 €	13.118.980 €	14.152.887 €	14.927.990 €	16.114.183 €	27.613.384 €
Finanzielle Beteiligung Staat	8.230.666 €	9.480.358 €	10.370.340 €	10.733.287 €	10.787.095 €	11.663.820 €	11.418.211 €	12.469.611 €	19.636.864 €
Kostenunterdeckung	3.731.936 €	4.339.779 €	3.952.395 €	2.454.421 €	2.331.885 €	2.489.067 €	3.509.778 €	3.644.572 €	7.976.520 €
	31,2%	31,4%	27,6%	18,6%	17,8%	17,6%	23,5%	22,6%	28,9%

Vom Freistaat Bayern wurden 2020 und 2021 jeweils 70 neue Stellen für Landratsämter zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2020 hat der Landkreis Ebersberg eine Arztstelle bekommen. Am Defizit kann das freilich nichts ändern. Corona hat zu einer massiven Verschlechterung geführt!

Ein Blick auf die Personalkosten:

	2017	2018	2019	2020			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
Summe Personalaufwendungen	4.244.009	4.685.421	5.225.085	5.623.768	5.665.971	42.203	0,8%



Die Plan/Ist Abweichung 2020 bei den Personalkosten beträgt 0,8 %, was wie bereits in den vergangenen Jahren die hohe Planungskompetenz der Akteure bestätigt.

Der Steuerung des Personaleinsatzes kommt in diesem Bereich eine besonders hohe Bedeutung zu. Dies gelingt durch die Vergleiche der Fallzahlen mit dem Personaleinsatz innerhalb der 80 Kostenträger.

2.2 Investitionen

2.2.1 Investitionen der Sachgebiete:

	Plan	Ist	Abweichung
	2020	2020	2020
112 ÖPNV/ Fernradwege	17.400		-17.400
113 Schülerbeförderung		13.685	13.685
320 KfZ-Zulassungsstelle	78.450		-78.450
325 Führerscheinstelle	1.600	-6	-1.606
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden		6.943	6.943
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz		31.349	31.349
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	1.500	-1	-1.501
420 Bauamt	83.000	5.094	-77.906
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz		1.446	1.446
450 Naturschutz, Landschaftspflege	13.500	9.275	-4.225
SUMME	195.450	67.785	-127.665

Von den insgesamt geplanten Investitionen in Höhe von 195.450 € wurden nur 67.785 € bzw. 34,7 % in Anspruch genommen.

Das Budget der Kostenstelle 112 (ÖPNV/Fernradwege) in Höhe von 17.400 € wurde für den Ausbau des ETicketing für den MVV-Regionalbusverkehr geplant. Dieses Budget wurde jedoch vom MVV nicht abgerufen.

Für die Schülerbeförderung (Kostenstelle 113) musste aufgrund der neuen Tarifstrukturreform des MVVs ein Upgrade der Software für die Schülerbeförderung durchgeführt werden. Hierbei entstanden außerplanmäßige Kosten in Höhe von 13.685 €.

Das Fachverfahren OK Verkehr wird von der AKDB im Rahmen des Eigenhostings erst 2021 oder Anfang 2022 bereitgestellt, sodass das Budget der KST 320 (KFZ-Zulassungsstelle) im Jahr 2020 nicht abgerufen wurde.

Für die Beschaffung von IT-Hardware für zusätzliche Stellen und von einer Software für das Personenbeförderungsrecht wurden für die Kostenstelle 330 (öffentliche Sicherheit, Gemeinden) außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 5.660 € beantragt.

Das Veterinärwesen (Kostenstelle 340) hat für die Verwahrstellen als Vorsorgemaßnahme wegen der befürchteten Schweinepest in Glonn, Steinhöring, Zorneding und Hohenlinden Kühlcontainer in Höhe von insgesamt 31.349 € angeschafft. Aufgrund der günstigen Mehrwertsteuersituation wurde die Beschaffung auf 2020 vorgezogen.

Von den erwarteten Investitionen des Bauamtes (KST 420) wurde nur ein kleiner Teil benötigt bzw. kann erst im Jahr 2021 umgesetzt werden. Insbesondere konnte die Kollaborationsplattform nicht erworben werden, da diese von CIT entwickelte Kommunikationsplattform erst Mitte des Jahres 2021 als zusätzliches Modul von ProsozBau zur Verfügung steht. Auch über den Erwerb der geplanten EDV-Hardware kann erst je nach Projektablauf Zug um Zug entschieden werden.

Alle über- und außerplanmäßigen Genehmigungen konnten erteilt werden.

2.2. Investitionen bei den Straßen:

Anmerkung: Rückstellungen bzw. Übertragungen von Haushaltsmitteln für Straßenbaumaßnahmen werden nicht gebildet, es gilt das Prinzip der Neuveranschlagung. Darüber hinaus schreibt die Finanzleitlinie vor, Mittel für Grunderwerb zu Straßenbauvorhaben erst dann zu veranschlagen, wenn sie konkret realisiert werden können. Vorsorgeansätze soll es nicht geben.

Trotz dieser Regelungen ist es im Bereich des Kreisstraßenbaus bisher nicht gelungen, eine höhere Planungsgenauigkeit umzusetzen, von der Planung sind insgesamt in der Nettobetrachtung nur 21,1 % abgeflossen (1.138.746 € von 5.401.000 € Planung).

Die folgende Grafik zeigt den Planansatz der Nettoinvestition.

	Plan	Ist	Abweichung	Ist kumuliert über alle Jahre bis Stichtag
	2020	2020	2020	2020
910-0001 Kleingeräte, Kleinmaßnahmen	110.000	10.383	-99.617	582.818
910-0004 Sommerdienst: Absaug-, Randstreifenmähergeräte	0	19.752	19.752	32.683
910-0005 Winterdienst: Schnee- pflug,Streu-Automaten	0	28.144	28.144	161.715
910-0007 Lichtsignalanlagen	15.000	18.928	3.928	193.386
910-01-011 EBE 1: OD Anzing - Schul- straße	50.000	0	-50.000	250.000
910-06-003 EBE 6: Radweg von EBE 20 bis "EBE 6- alt"	150.000	0	-150.000	0
910-08-004 EBE 8: Umbau der Kreuzung /St2089	80.000	49.657	-30.343	243.034
910-08-007 EBE 8:Ausbau Nettelkofen b.Seeschneider-Kreuzung	2.134.000	676.811	-1.457.189	700.044
910-08-009 EBE8: Bahnübergang Wiesham	245.000	99.000	-146.000	99.000
910-09-006 EBE 9: Deckenbau Grafing Rotter Str.	80.000	0	-80.000	0
910-09-007 EBE 9: Ausb. zw. Haging u. Jakobneuh. b. Schaurach	140.000	0	-140.000	0
910-09-009 EBE9: ZEB (Lkr. Grenze)	0	57.730	57.730	381.080
910-10-001 EBE10: ZEB südl. Moosen	135.000	0	-135.000	4.673
910-12-004 EBE12: Sanierung nördlich Altenburg	100.000	0	-100.000	0
910-12-005 EBE12: ZEB (Schattenh- ofen)	120.000	46.530	-73.470	46.530
910-13-022 EBE13: Kreuzung "Scham- macher Kreuzung"	-200.000	42.693	242.693	475.980
910-14-013 EBE14: Glonn- Hangstabilisierung	25.000	0	-25.000	0
910-17-004 EBE 17: Kreisverkehre im Gewerbegebiet Parsdorf	0	36.094	36.094	132.389
910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwabens - Lkrs.grenze	1.347.000	17.432	-1.329.568	137.615

910-18-006 EBE18:Pumpenhaus Markt Schwaben	40.000	0	-40.000	0
910-20-010 EBE20:G+R-Weg nördl. Frauenneuharting	15.000	35.592	20.592	109.733
910-ST2086 Radweg St2086 (gde.-freies Gebiet)	15.000	0	-15.000	0
910-ZEB Straßensanierungen der nächsten Jahre	650.000	0	-650.000	0
SUMME	5.401.000	1.138.746	-4.262.254	11.948.823*)

*) Investitionen, für die 2020 weder ein Plan noch ein Ist entstand, werden hier nicht dargestellt.

Eine Investition erreicht eine Überschreitung, die eine Genehmigungspflicht des Kreistages auslöst.

910-13-022 EBE13: Kreuzung "Schammacher Kreuzung" mit 242.693 €.

Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen. Die Schlussrechnung steht allerdings noch aus, sodass die Unterlagen für die Beantragung des geplanten Zuschusses in Höhe von 400.000 € noch nicht eingereicht werden konnten. Im Gegensatz dazu wurden 200.000 € von der Investitionskostenpauschale verbucht. Ohne Berücksichtigung der Zuschüsse (also, sobald die Zuschüsse geflossen sind) beträgt die Überschreitung der Investitionskosten noch 42.693 €.

Über die (noch) fehlenden Einnahmen ist der Kreistag zu informieren.

Es ist darauf hinzuweisen, dass es im Staatlichen Straßenbauamt Rosenheim starke personelle Veränderungen gibt. Es wird trotzdem versucht einen höheren Ausschöpfungsgrad zu erreichen. Durch die Einstellung eines zusätzlichen Mitarbeiters Anfang 2020, wird versucht die nötigen Grundstücksverhandlungen voranzutreiben. Dadurch soll eine schnellere Umsetzung der Rad- und Straßenbaumaßnahmen erreicht werden.

3. Kommunale Abfallwirtschaft (075)

Die Kommunale Abfallwirtschaft wurde am 01.01.2008 in den Landkreis als kostenrechnende Einrichtung eingegliedert.

3.1 Gesamtergebnis 2020 (Stand 02.03.2021):

Ergebnis vor Einstellung in die Gebührenaussgleichsrückstellung

	Plan	Ist	Abweichung
720 Kommunale Abfallwirtschaft	420.188	59.564	-360.624
SUMME	420.188	59.564	-360.624

Geplant war für das Jahr 2020 auf Grundlage der 2017 neu kalkulierten Gebührensätze ein negatives Ergebnis von 420.188 €. Tatsächlich weist die Kommunale Abfallwirtschaft zum Jahresende einen Jahresfehlbetrag von 59.564 € auf, es ist also um 360.624 € besser als geplant.

Die Nachsorgerückstellungen wurden im Jahr 2020 auf Grundlage des Kostenstandes 2019 neu bewertet. Die gesamte Gebührenaussgleichsrücklage von 868.807,80 € wurde 2020 zur Aufstockung der Nachsorgerückstellungen aufgelöst. **Aktuell verfügt die Abfallwirtschaft damit über keine Gebührenaussgleichsrücklage.**

Die Rekultivierungs- und Nachsorgerückstellungen betragen zum 31.12.2020 insgesamt - 6.385.711 €. Laut Nachsorgegutachten von 2020 reicht dieser Betrag nicht aus. Die Empfehlung des Rückstellungsbetrages für die Deponie „An der Schafweide“ beträgt 7.907.690 €.

Die Finanzierung des noch ausstehenden Betrages in Höhe von 1.521.979 € wird noch geprüft. Zum einen muss geklärt werden, ob dieser Betrag aus der Kreisumlage rechtlich finanziert werden muss. Zum anderen benötigt der Landkreis eine rechtssichere Stellungnahme der Rechtmäßigkeit der Neufestsetzung des 30-Jahres-Zeitraumes, obwohl auf der Deponie seit 2008 kein Müll mehr eingelagert wird.

3.2 Investitionen

Im Bereich der Abfallwirtschaft gibt es folgende Investitionstätigkeit:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2009		69.501	69.501	
2010		5.618	5.618	
2011	303.000	202.097	-100.903	66,7%
2012	33.000	67.913	34.913	205,8%
2013	95.500	31.229	-64.271	32,7%
2014	399.700	170.350	-229.350	42,6%
2015	484.100	182.425	-301.675	37,7%
2016	289.000	42.136	-246.864	14,6%
2017	441.000	65.630	-375.370	14,9%
2018	285.500	24.507	-260.993	8,6%
2019	283.000	29.840	-253.160	10,5%
2020	675.300	50.921	-624.379	7,5%

Die Investitionen im Einzelnen:

	2020		
	Plan	Ist	Abweichung
720-00010 Investitionen Garagengebäude		6.922	-6.922
720-00011 Asphaltfläche Deponiegelände	50.000		50.000
720-00013 Mobilbagger und Zubehör	195.000	7.779	187.221
720-00017 Pumpen	2.300		2.300
720-00022 Umladestation - Buchten	40.000		40.000
720-00023 Carport mit Photovoltaikanlage	150.000		150.000
720-00027 Landkreis PPK-Container	5.000		5.000
720-00029 Sonstige BGA Entsorgungszentrum	4.000		4.000
720-00100 Fahrzeuge und Zubehör	34.000	30.776	3.224
720-00201 Parkplatz gegenüb.Altdeponie	80.000		80.000
720-00202 Betriebstechnische Anlagen Entsorgungszentrum		5.444	-5.444
720-00204 Betriebstechnische Anlagen Deponienachsorge	115.000		115.000
SUMME	675.300	50.921	624.379

Die Investitionskostenpauschale des Freistaats Bayern, die dem Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auf Grundlage des Art. 12 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) zur freien Verwendung für die Finanzierung von Investitions-, Instandhal-

tungs- und Modernisierungsmaßnahmen gewährt wird, wurde für die KAW für folgende Maßnahmen verwendet:

Investitionsnummer: 720-00013	Mobilbagger und Zubehör	120.000 €
-------------------------------	-------------------------	-----------

Insgesamt hat die Anschaffung des neuen Mobilbaggers 201.608 € gekostet. Neben der verwendeten Investitionskostenpauschale wurde der bisherige Mobilbagger für 43.000 € verkauft (Verkaufserlös) und eine Sonderabschreibung in Höhe von ca. 31.000 € verbucht, weil die Nutzungsdauer zu lang angesetzt wurde.

Ohne Berücksichtigung der Investitionskostenpauschale, des Verkaufserlöses und der Sonderabschreibung sind insgesamt 244.750 € für Investitionen angefallen. (Ausschöpfungsgrad des Budgets: ca. 36 %)

Generell kam es durch Corona zu Verzögerungen bei der Umsetzung der Investitionen. Bei den größeren geplanten Investitionen (Asphaltfläche Deponiegelände, Umladestation - Buchten, Carport mit Photovoltaikanlage, Parkplatz gegenüber Altdeponie) wurde auf die Anschaffung des Mobilbaggers gewartet, weil es hierbei durch Eigenleistungen zu Einsparungen kommt. Des Weiteren wird das Projekt für die betriebstechnischen Anlagen Deponienachsorge bezüglich des Gasmotors nicht weiterverfolgt und durch das PTJ-Projekt (Schwachgasbehandlung) ersetzt.

3.3 Die Kostenträger in der Kommunalen Abfallwirtschaft (KAW)

Nachfolgend ist eine Übersicht über die Entwicklung der Kostenträger der kommunalen Abfallwirtschaft dargestellt:

	2017	2018	2019	2020			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
7280 KAW: Duales System (ohne PPK)	143.262	65.289	0		0	0	
7281 KAW: PPK (kommunal und dual)	13.898	-96.701	23.981	-62.750	66.193	128.944	-205%
7282 KAW: Metallschrott/ Alteisen	44.413	-133.193	7.416	-23.500	-26.865	-3.365	14%
7283 KAW: Problemabfall	86.795	82.475	81.681	92.678	78.840	-13.838	-15%
7284 KAW: Gartenabfall (Grüngut)	-883.694	839.645	45.196	-21.500	8.600	30.100	-140%
7285 KAW: Bioabfall/ Kompost	907.593	962.940	974.847	1.065.000	1.020.613	-44.387	-4%
7286 KAW: Asbest	-23.313	-13.719	-9.598	-5.700	-15.926	-10.226	179%
7287 KAW: Elektronikschrott (Elektroaltgeräte)	-28.927	-29.031	16.650	-5.200	29.643	34.843	-670%
7288 KAW: Baurestmassen (Bauschutt)	-37.561	30.882	-5.272	-5.200	-1.134	4.066	-78%
7289 KAW: Restmüll/ Sperrmüll (Selbstanlieferer)	-290.639	-294.135	-380.286	-200.350	-440.466	-240.116	120%
7290 KAW: Deponienachsorge	-12.432	8.046	-7.170	-37.792	8.487	46.279	-122%
7291 KAW: Entsorgungsumlage	-1.500.166	-1.535.637	-1.520.527	-1.464.018	-1.577.877	-113.859	8%
7292 KAW: Kunststoffeffassung	-13.438	13.124	-2.806	-2.000	391	2.391	-120%
7293 KAW: Altdeponien/ Altlasten	13.786	4.148		40.000		-40.000	-100%
7294 KAW: Künstliche Mineralfasern (KMF)	22.069	4.914	8.003	-7.000	1.201	8.201	-117%
Summe	-1.558.354	-90.953	-767.884	-637.332	-848.300	-210.967	33%

Die Erträge sind bei einer Reihe von Kostenträgern (z.B. Gartenabfall, Bioabfall, Elektro-schrott, Bauschutt) ausschließlich mengenabhängig. Jeweils zum 30. Juni eines jeden Jahres erfolgt ein Abruf der jeweiligen Einwohnerzahlen sowie eine Zuordnung zu den Abfall-mengen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt im Großen und Ganzen, dass im Landkreis Ebersberg trotz steigender Einwohnerzahlen die Quantität der Abfallmengen nicht nennens-wert gestiegen ist. Die Abweichung zur Planung basiert auf den noch ausstehenden gemein-descharfen Abrechnungen.

3.4 Zusammenfassende Bewertung zur Kommunalen Abfallwirtschaft

Die finanzielle Lage der Abfallwirtschaft ist derzeit unbefriedigend. 2017 wurden die Gebüh-ren neu kalkuliert. Das nach den Gebühren kalkulierte ausgeglichene Ergebnis konnte für das Jahr 2020 nicht erreicht werden. Darüber hinaus verfügt die Abfallwirtschaft über keine Gebühreenausgleichsrücklage mehr.

Da der Deponiekörper allerdings noch nicht in die Nachsorgephase entlassen wurde und eine schlechte Zinsentwicklung keine Reserven bilden lässt, ist zu erwarten, dass die Nach-sorgerückstellung, die zum 31.12.2020 einen Stand von 6.385.711 € aufweist, weiterhin er-höhrt werden muss.

4. Steuerungsmöglichkeiten

Der Bereich Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement ist eine freiwillige Leistung des Landkreises mit einem Planvolumen von ca. 360.000 € im Jahr 2020. Auch im Bereich ÖPNV handelt es sich größtenteils um freiwillige Beförderungsleistungen, in diesem Bereich können die Kosten durch eine Steigerung des Kostendeckungsgrades (= Erhöhung der Attraktivität) oder Änderungen in der Linienführung (mehr Fahrgäste) reduziert werden. Die politische Steuerung in diesem Bereich ist vorbildlich und hat dazu geführt, dass der Kostendeckungsgrad seit 2002 (in diesem Jahr betrug er 25,5 %) auf 61,1 % (2018) gesteigert werden konnte.

Im Bereich des ULV-Ausschusses sind folgende **freiwillige Leistungen** enthalten:

Nr.		Vertragspartner	Vertragsgegenstand	Plan 2020	IST 2020
1	●	Landkreis	Wirtschaftsförderung (KSt. 080)	359.498,19 €	326.635,27 €
		davon Trägerverein Carsharing	Zuschuss Carsharing	7.500,00 €	9.375,00 €
2	●	Landkreis	Femradwege (Ktr. 1125)	4.400,00 €	1.112,31 €
3	●	Landkreis	ÖPNV (Ktr. 1123)	1.247.980,00 €	608.908,62 €
4	●	Landkreis	Denkmalschutz (Ktr.4122 4121)	10.000,00 €	6.602,05 €
5	●	Landkreis	Windkraftanlagen LSG Ebersberger Forst, z.B. Gutachten, Kartierung	40.000,00 €	11.600,00 €
6	●		Varroamittel-Zuschuss	3.000,00 €	2.896,27 €
7	●		Durchwachsene Silphie	25.000,00 €	0,00 €
8	●		a) Freiwillige Unterstützung einer Verbandsgeschäftsstelle	1.022,58 €	1.022,58 €
	●		b) Unterstützung weiterer Institutionen	1.650,00 €	1.300,00 €
9	●	Landkreis	Landschaftspflegeverband (KSt. 405)	60.136,00 €	80.588,67 €
10	●	Landkreis	Verzicht auf Trichinenuntersuchungsgebühren bei der Wildschweinbejagung i.R.d. ASP-Prophylaxe	3.850,00 €	1.771,00 €
Gesamtsumme				1.755.514,19 €	1.050.789,19 €

Im staatlichen Aufgabenbereich beschränken sich die Steuerungsmöglichkeiten des Kreistages auf die Personalausstattung, die Aufgaben sind vorgegeben und nicht steuerbar. Der Freistaat Bayern ist von den Landräten mit Unterstützung durch den Bayerischen Landkreistag aufgefordert, die Staatsaufgaben an den staatlichen Landratsämtern besser zu finanzieren. Das gilt sowohl für die Einhaltung der Personalquoten als auch für eine generelle Verbesserung bei den Finanzausgleichszahlungen. Das Defizit hat sich im Coronajahr 2020 massiv erhöht.

5. Überplanmäßige Ausgaben (Genehmigungspflicht Kreistag)

Über die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Einzelfall einen Betrag von 100.000 € überschreiten hat der ULV-Ausschuss zu entscheiden. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, welche einen Betrag von 200.000 € übersteigen, hat der Kreistag nach Vorberatung durch den Kreis- und Strategieausschuss zu entscheiden.

In der **Ergebnisrechnung** sind zwei **genehmigungspflichtige Sachverhalte** für den ULV-Ausschuss eingetreten:

Kostenstelle 320 (KfZ-Zulassungsstelle) mit einer Überschreitung von **143.355 €**.
Kostenstelle 330 (Öffentliche Sicherheit, Gemeinden) mit einer Überschreitung von **182.732 €**.

Zudem ist in der Ergebnisrechnung ein genehmigungspflichtiger Sachverhalt für den Kreistag eingetreten:

Kostenstelle 910 Kreisstraßen und –unterhalt mit einer Überschreitung von **440.013 €**.

Bei den Investitionen ist der Kreistag über folgenden Sachverhalt zur informieren:

Fehlender Eingang des geplanten Zuschusses in Höhe von 400.000 € für die Investition: 910-13-022 (EBE13 Kreuzung "Schammacher Kreuzung")

6. Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft):

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2019 zu Ist 2020	Veränderung Ist 2020 zu Plan 2021
2017	2018	2019	2020	2021		
4.843.676	5.210.172	5.206.258	6.100.055	7.842.268	893.797	1.742.214

Der Planansatz 2021 wurde mit 1.742.214 € über dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2020 veranschlagt und spiegelt mit einer Erhöhung von 28,6 % den steigenden Trend des Teilbudgets in den letzten Jahren wieder.

Anhand der Entwicklung der vergangenen Jahre ist darüber hinaus ersichtlich, dass das Ergebnis des ULV-Ausschusses höchst heterogen zu beurteilen ist, was maßgeblich von den Themen ÖPNV und Schülerbeförderung beeinflusst wird. In diesen Bereichen sind, wie die Entwicklung der Vorjahre regelmäßig zeigte, Planabweichungen sowohl positiver als auch negativer Art von mehreren 100.000 € möglich. Zugleich stellen die Einnahmen aus überlassenen Kostenaufkommen im staatlichen Bereich aus Genehmigungsverfahren aber auch der Eingriffsverwaltung in der Regel einen sehr unsicheren Faktor dar, der von zahlreichen gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wird.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv
- ja, negativ
- nein

Auswirkung auf den Haushalt:

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 6.585.678 € um **485.623 € unterschritten**, das sind **7,4 %**.

Die geplanten Investitionen in Höhe 5.596.450 € wurden um **4.389.919 € unterschritten**, das sind **78,44 %**.

II. Beschlussvorschlag:

Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1) Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 330 (Öffentliche Sicherheit, Gemeinden) in Höhe von 182.732 € wird genehmigt.**
- 2) Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 320 (Kfz-Zulassungsstelle) in Höhe von 143.355 € wird genehmigt.**

Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1) Die überplanmäßige Ausgabe der Kostenstelle 910 (Kreisstraßen und –unterhalt) in Höhe von 440.013 wird genehmigt.**
- 2) Der Kreistag nimmt den fehlenden Eingang des geplanten Zuschusses in Höhe von 400.000 € für die Investition: 910-13-022 (EBE13 Kreuzung "Schammacher Kreuzung") zur Kenntnis.**

gez.

Brigitte Keller